

uz - Saarlandreport

Zeitung der DKP Saarland zu den Bundestagswahlen 2013

Ein Signal für notwendigen Politikwechsel setzen!

Am 22. September wird der Bundestag neu gewählt. Auch diese Wahl findet in einer Zeit statt, wo grundlegende Zukunftsfragen aufgeworfen sind:

Wie werden Menschen in unserem Land in Zukunft arbeiten und leben? Wer wird Gewinner selbst in der Krise sein, wer ist und wird zum Verlierer? Wer zahlt die Zeche, wer bezahlt die Schulden? Ist die aktuelle kapitalistische Krise überwunden? Was kommt auf die Arbeitenden zu?

Solche tiefgreifenden Fragestellungen werden von den Herrschenden und den ihnen verbundenen Medien nicht zum Thema gemacht.

Stattdessen sehen, hören und lesen wir, was die Herrschenden in unserem Land wollen und ansagen: „Weiter so“!!!! Entsprechende Koalitionen werden zusammen gemauschelt werden. Es wird demagogisch der Eindruck vermittelt, diese Politik sei im Interesse aller.

Tatsache ist aber: Die Reichen werden immer reicher! Der gesellschaftliche Reichtum konzentriert sich in immer weniger Händen. Die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen mehr als zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung verfügt über lächerliche 1,4 % des Gesamtvermögens.

Das Saarland zählt ca. 370 Einkommensmillionäre. Die oberen 20 Prozent der saarländischen Bevölkerung schöpfen 60 Prozent des verfügbaren Einkommens ab.

Diese Reichtümer sind nicht durch eigene körperliche oder geistige Arbeitskraft entstanden.

Wenn auf der einen Seite der gesellschaftliche Reichtum in immer weniger Händen konzentriert ist, dann wächst auf der anderen Seite immer schneller die Zahl derjenigen, die von diesem gesellschaftlichen Reichtum ausgegrenzt sind und in Zukunft ausgegrenzt werden.

Anstatt diejenigen zur Kasse zu bitten, die immer mehr Reichtum anhäufen und an den Schulden der öffentlichen Haushalte noch Geld verdienen, werden durch rigorose Sparpolitik und im Land und in den Kommunen die Lasten nach unten abgewälzt. Die Daseinsfürsorge im kommunalen Bereich wird zusammengestrichen. Es drohen regelrechte Pleiten in den Kommunen im Saarland. Ein Skandal ist, dass zum angeblichen Abbau

der öffentlichen Schulden eine Schuldenbremse eingeführt wurde, die die Abwärtsspirale weiter antreibt.

39.000 Saarländerinnen und Saarländer sind arbeitslos. Davon sind 25.000 langzeitarbeitslos. Wer dort gelandet ist hat kaum eine Chance eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt zu finden.

Trotz Arbeit arm – das trifft immer mehr Menschen im Saarland. Heute arbeiten über 58.000 Vollzeitbeschäftigte zu Niedriglöhnen. Mittlerweile arbeitet jeder Fünfte unter der Niedriglohnschwelle; betroffen sind insbesondere Frauen und Jugendliche.

Hinzu kommen befristete Arbeitsverhältnisse, Minijobs und Leiharbeit, die ebenfalls im Niedriglohnsektor angesiedelt sind. Bei niedrigem Lohn müssen 15.600 Erwerbstätige im Saarland ihren Lebensunterhalt mit Hartz-IV aufstocken. Immer mehr nehmen zu ihrem Hauptjob noch einen Minijob an, damit das Geld reicht

Im Saarland driftet die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. 20.000 Kinder und Jugendliche sind von der Sozialhilfe abhängig. Die Zahl der von Armut betroffenen Älteren ist auf 16 % angestiegen und wächst weiter.

CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90-Grüne sind im Bund und Land verantwortlich für die politischen Weichenstellungen, die solche gesellschaftlichen Folgen haben. Auf unterschiedliche Weise dienen sie eben alle den „Herren des Geldes“.

Die Koalition aus CDU und SPD im Saarland steht ebenfalls für dieses „Weiter so“ und fällt in der gleichen Logik ihre politischen Entscheidungen. Das Konzept: Kaputtsparen und die Arbeitenden müssen zahlen! Die Umverteilung von unten nach oben wird so fortgesetzt. Die sog. Entschuldung des Landes findet nicht statt, die Schulden nehmen zu.

**Der Mensch
geht
vor Profit!**



Wir Kommunisten sind bekanntlich keine Anhänger des kapitalistischen Systems, weil der Kapitalismus die drängenden Zukunftsfragen nicht lösen kann! Er muss überwunden werden! Der Mensch geht vor Profit!

Die entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunft finden nicht in den Parlamenten statt, sondern in den Machtzentren des Kapitals, in Konzern- und Finanzzentralen. Die alte Losung „Das Übel an der Wurzel packen - Die Macht der Großkonzerne knacken!“ bleibt aktuell und gilt heute weltweit.

Notwendig ist und bleibt ein radikaler Politikwechsel als Einstieg in eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Dafür muss viel mehr Druck gemacht werden, vor allem in den Betrieben und auf der Straße.

Die Partei „Die Linke“ ist aus der Opposition gegen die Agenda 2010-Politik entstanden und wurde zu einem Hoffnungsträger für eine andere Politik.

Leider sind Widersprüche in der Politik der PDL nicht zu übersehen. Neben den innerparteilichen Auseinandersetzungen spitzt sich

der Konflikt zwischen der eigenen Programmatik, die sich gegen Sozialabbau wendet, und der politischen Praxis in Parlamenten zu. Nicht nur in Saarbrücken unterstützt „Die Linke“ die Sparpolitik der SPD und streicht kräftig zum Beispiel bei Schwimmbädern mit. Wir vermissen bei der PDL den selbstkritischen Umgang mit diesem Problem. Das ist alles andere als produktiv für die gesamte Linke im Land.

Nicht nur wir Kommunisten erwarten, dass endlich Schluss gemacht mit der widersprüchlichen Praxis des „Sozialen Sparens“ und dem ständigen herum Taktieren, um sich als Koalitionspartner für eine SPD zu empfehlen, die sich nicht von der verheerenden Agenda-Politik von Schröder, Steinbrück und Steinmeier losgesagt hat. Wir erwarten, dass die Überbetonung des Parlamentarismus bei der PDL überwunden und endlich mit mehr Engagement und Konsequenz für die außerparlamentarischen Kämpfe ergänzt wird.

Tatsache ist, dass „Die Linke“ ist die einzige Oppositionspartei im Bundestag ist, die sich klar gegen Kriegs-

einsätze, sozialen Kahlschlag und Demokratieabbau, gegen Bespitzelung, Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus zur Wehr setzt und für einen Politikwechsel aktiv ist. Ihre Positionen zur Bundestagswahl sind eine Alternative zur herrschenden Politik.

Deshalb: Wer eine andere Politik will, sollte bei der Bundestagswahl „Die Linke“ wählen.

Die DKP ruft zur Bundestagswahl 2013 auf, die Partei Die Linke zu wählen.

Reiche Saarländer – Armes Saarland oder: Wohin der Reichtum verschwindet?



Acht Saarländer enthält die Liste der 500 vermögendsten Deutschen. Diese Einzelpersonen/Familien besitzen mehr als 4.550 Mio. € Gesamtvermögen (Stand: 2010). Dieser Reichtum ist entstanden durch die im Kapitalismus gestattete tägliche Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, bei den Röchlings auch durch Sklavenarbeit von ZwangsarbeiterInnen.

Hinzu kam in den letzten Jahren eine massive Kürzung von Steuern für diese

Superreichen.

Genau dieses Geld fehlt in den Taschen der Saarländerinnen und Saarländer und im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in den Kommunen usw.

Mit einer einmaligen Vermögensabgabe von 10 Prozent und einer jährlichen Vermögensteuer von nur einem Prozent könnte der saarländische Landeshaushalt nur durch eine gerechtere Besteuerung dieses Personenkreises dauerhaft entschuldet werden – ohne Arbeitsplatzabbau, ohne Kürzungen in Bildung, Sport oder Kultur. (siehe Tabelle)

Unternehmen	Vermögen (2010)	Einmalige Abgabe	Jährliche Steuer
Thomas Bruch / Globus-Gruppe	2.050.000.000 €	205.000.000 €	20.500.000 €
Hager Gruppe	550.000.000 €	55.000.000 €	5.500.000 €
Familie Boch-Galhau / Villeroy & Boch	350.000.000 €	35.000.000 €	3.500.000 €
Richard Weber / Karlsberg Brauerei	450.000.000 €	45.000.000 €	4.500.000 €
Röchling-Erben	300.000.000 €	30.000.000 €	3.000.000 €
Edwin Kohl / Kohl Pharma	350.000.000 €	35.000.000 €	3.500.000 €
August-Wilhelm Scheer, vormalig IDS Scheer	200.000.000 €	20.000.000 €	2.000.000 €
Familie Martin, u.a. Möbel-Martin	300.000.000 €	30.000.000 €	3.000.000 €
Gesamt	4.550.000.000 €	455.000.000 €	45.500.000 €

Würden alle Vermögen ab einer Million € entsprechend herangezogen, könnten ebenso die Städte und Gemeinden entschuldigt werden.

Eine solche gerechtere Steuerpolitik muss gegen die Interessen der Mächtigen durchgesetzt werden. Deshalb unterstützt die DKP das Bündnis umfairteilen. Nur gemeinsam durch den Druck der Straße kann eine fortschrittliche Politik erkämpft werden.

Dauerhafte Veränderungen können nur erreicht werden, wenn die Macht der Konzerne hier und europaweit eingeschränkt wird. Ein Politikwechsel im Interesse der Mehrheit muss demokratische Rechte in den Betrieben und der ganzen Gesellschaft erweitern.

Die DKP Saarland fordert daher:

**Die Kaputtsparer stoppen! Umfairteilen: Reichtum, Macht, Eigentum!
Den Kapitalismus überwinden!**

Luftnummer Armutsbekämpfung

In einer Studie zur Kinder- und Jugendarmut wurde bereits im Jahr 2011 ein Aktionsplan von der saarländischen Landesregierung gefordert. Was jetzt als „Aktionsplan zur Armutsbekämpfung“ vorgelegt wurde, liest sich wie ein Katalog von Absichtserklärungen im Bemühen, ja nicht allzu konkret zu werden.

Da bleiben nur Fragen: Was tut die Landesregierung konkret, um den Niedriglohnsektor, Leiharbeit und Werksverträge zu bekämpfen? Wie lange noch werden öffentliche Aufträge nach dem Motto „Hauptsache billig“ (siehe Bostalsee) vergeben? Wie soll die Forderung nach einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt unter der neoliberalen Ägide von CDU und SPD umgesetzt werden; ein bisschen mehr „Bürgerarbeit“? Wie kann die Altersvorsorge verbessert werden, wenn die Arbeitskammer gerade die Belege für das Scheitern des 3-Säulen-Rentenmodells vorgelegt hat?

Um den Absichtskatalog aufzumotzen, werden dann noch die Defizite jahrzehntelanger Bildungspolitik als Aktionsfeld angehängt. Und alles steht unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Mit der Schuldenbremse hat sich die Landesregierung allerdings selber Arme und Beine amputiert, um die dringenden Zukunftsfragen des Landes zu lösen. So kann sie die Probleme nach dem Werbeslogan „Geiz ist geil“ aussitzen.



Neonazis stoppen!

Angesichts des NSU-Skandals und des hetzerischen Auftretens neofaschistischer Parteien im Wahlkampf bekräftigen wir unsere Forderungen:

Die DKP fordert konsequente Abkehr vom Antikommunismus als Staatsdoktrin. Er fördert Intoleranz, Hass und Gewalt. Die Behörden müssen endlich die vom Neofaschismus ausgehende ständige Gefahr ernst nehmen und effektiv bekämpfen.

Durch ihre sogenannten V-Leute haben die Geheimdienste die Naziszene mit Geld und warnenden Informationen versorgt und Ermittlungen bewusst behindert. Wir fordern deshalb die Ausschaltung der V-Leute und die Auflösung der Geheimdienste. Die bisher von Innenminister Friedrich eingeleiteten „Reformen“ sind nur Flickschusterei und dienen nicht der Bekämpfung der Gefahr.

Die NPD erweckt durch Legalität den Eindruck, ihre rassistische, antisemitische und antidemokratische Hetze sei ein legitimes nationales Anliegen und solange sie sich überwiegend aus Steuergeldern finanziert, verleiht sie der gesamten neofaschistischen Szene den Anschein der Legitimität. Die NPD muss verboten werden!

Wir fordern von der Landesregierung im Einklang mit Art. 7, Abs. 2 und Art. 8 der Verfassung des Saarlandes und Art. 139 Grundgesetz die Unterstützung des von zahlreichen anderen Landesregierungen verfolgten Weges beim Bundesverfassungsgericht über den

Bundesrat einen Antrag auf Verbot der NPD zu stellen.

Wir fordern das Verbot jeglicher rassistischer, neofaschistischer und ausländerfeindlicher Propaganda und Aktivitäten, sowie ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen. Das Verbot dreier neofaschistischer „Kameradschaften“ in NRW beweist: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!“ Die

Justiz muss endlich aufhören den Feinden der Demokratie Freiräume zu gewähren. Menschen, die versucht haben neofaschistische Demonstrationen zu verhindern, dürfen nicht juristisch belangt werden. Laufende Verfahren müssen eingestellt werden.

Als konkreten Beitrag gegen das Auftreten neonazistischer Kräfte im Saarland fordern wir die Öffentlichkeit auf an das Wirken antifaschistischer Widerstandskämpfer zu erinnern und die Opfer des Faschismus zu ehren. Die in zahlreichen Orten des Saarlandes erfolgte Verlegung von „Stolpersteinen“ ist hierfür ein möglicher Beitrag. Er bietet vielfache Möglichkeiten Schülerinnen und Schüler für diese Aktivitäten zu gewinnen und diese somit mit dem Wirken der Geehrten vertraut zu machen.

Wir fordern mehr antifaschistische Unterrichtsinhalte an den Schulen. Jede Klasse sollte mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine antifaschistische Gedenkstätte in der Region besichtigen.

Wir werden, wenn es gilt gemeinsam mit anderen antifaschistischen, demokratischen und linken Kräften in unserem Land das Auftreten von Neofaschisten wirksam bekämpfen.

Die Abwehr dieser Gefahren wird immer mehr zur Aufgabe einer möglichst breiten antifaschistischen Volksbewegung, zu der auch wir unseren Beitrag leisten wollen.

Spitzel auf Hartz IV?

Als die Überwachungsdateien von Edward Snowden veröffentlicht waren, war selbst die „mächtigste Frau der Welt“, Regierungschefin Merkel kurzzeitig nervös. Immerhin, Deutschland, deutsche Botschaften, die deutsche Wirtschaft sollten abgehört worden sein. Unter „Freunden“ tut man so etwas nicht!!!

Jetzt ist alles bestens. Der deutsche Spitzel-Minister Friedrich, offiziell Innenminister, erklärte, alles gar nicht wahr. Das hatten ihm die US-amerikanischen Spitzel-Spezialisten versichert. Und ChefIn Merkel beteuerte, alles geht nach deutschem Recht!

Wir wissen inzwischen, Merkel hat nicht ganz gelogen, nur ein bisschen. Ganz legal arbeiten NSA, BND u.a. zusammen und überwachen – ein bisschen illegal - die Bevölkerung der halben Welt. Und alles zum Wohle der Sicherheit. Wessen Sicherheit und für wessen Wohl? Da werden Beziehungen und Freundschaften, Lebensweisen und sexuelle Orientierungen, Kontakte und politische Einstellungen erfasst, Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile aus den erfassten Daten zusammengestellt. Twitterst Du von der „Bombenstimmung“, steht das Einsatzkommando vor Deiner Tür.

Immer öfter wird bekannt, dass Betriebsräte im Auftrag von Unternehmern, Geschäftsführungen und Konzernvorständen bespitzelt werden. Legale und illegale Überwachung von Beschäftigten am Arbeitsplatz werden ausgebaut. Demonstrationen werden von jeher vielfach überwacht. Kommunist/Innen und andere Linke, radikale Demokraten, Umweltschützer, Friedensaktivisten und Antifaschisten werden seit Generationen abgehört. Antifaschist/Innen, die mit dem Saarländischen Verdienstorden oder der Bürgermedaille der Stadt Saarbrücken geehrt wurden, waren Überwachungsobjekte des Inlandsspitzeldienstes, irreführenderweise amtlich „Verfassungsschutz“.

Nur eines schaffen sie angeblich alle nicht. Die Mordserie der faschistischen Terrorzelle war ihnen natürlich allen und vollkommen entgangen. Seither fragen sich nicht nur Linke: Wer schützt die Verfassung vor dem „Verfassungsschutz“?

Da sind wir uns mit der Partei „Die Linke“ völlig einig: Dieser „Verfassungsschutz“ gehört aufgelöst! Stattdessen müssen antifaschistische Initiativen mehr in ihrem Kampf gegen Rechts unterstützt werden!

Die Überwachung von Beschäftigten am Arbeitsplatz muss verboten werden, die Bespitzelung von Betriebsräten und illegale Überwachung muss wesentlich schärfer geahndet werden!

Schluss mit der weltweiten Überwachung! Freiheit für Manning, Snowden, Assange, u.a.!

Schluss mit der Zensur der Medien!

Und die Spitzel? Hartz IV geht nicht, wir sind ja für die Abschaffung!



Infobox:

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- ein kostenloses Probeabo der uz - Zeitung der DKP
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Vorname:.....

Name:.....

Anschrift:

.....

E-Mail:.....

Ausfüllen und absenden an:

DKP Saarland, Sittersweg 83, 66113 Saarbrücken,
dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-saarland.de,
v.i.S.d.P.: Artur Moses

DKP Saarland